



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- Europa sieht sich durch Trumps extreme Forderungen und Drohungen mit einem erheblichen Vertrauensverlust und wachsender Unsicherheit hinsichtlich der Verlässlichkeit der USA konfrontiert. Die europäischen Staaten müssen erkennen, dass solche Irritationen ihre geopolitische Position schwächen und sie in künftigen Krisen verletzlicher machen können. Gleichzeitig zeigt sich, dass Trump trotz seiner Rhetorik nicht grenzenlos handeln kann, weil auch Europa durch seine Allianzstrukturen, politischen Gegenreaktionen und wirtschaftliche Bedeutung eine einhegende Wirkung entfaltet. Europas Reaktionen und seine Fähigkeit, Geschlossenheit zu zeigen, werden entscheidend sein, wie sich Trumps Politik auswirken wird.
 - Demokratien werden von mehreren Seiten unter Druck gesetzt. Autoritäre Bewegungen nutzen Mythen wie eine angebliche „Cancel Culture“, um Institutionen zu delegitimieren und gesellschaftliche Tabus zu verschieben, während gleichzeitig sowohl rechte als auch linke Extremisten Gewalt zunehmend als legitimes Mittel ansehen und damit den demokratischen Prozess untergraben.
 - Antisemitismus und Antizionismus nehmen in verschiedenen politischen Milieus – von Teilen der Linken über islamistische Gruppen bis hin zu rechten Extremisten – stark zu und normalisieren sich zunehmend im öffentlichen Diskurs, was zu Bedrohungen, Gewalt und einer gefährlichen Täter-Opfer-Umkehr führt.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Die Neuordnung der Welt.....	2
In der Debatte: Gefahren für die Demokratie	7
In der Debatte: Antisemitismus und Antizionismus.....	11
Rezensionen	14
Impressum.....	18

In der Debatte: Die Neuordnung der Welt

Peter Frankopan kritisiert im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹ die politische Führungsschwäche Europas und warnt, der Kontinent laufe Gefahr, seine globale Bedeutung zu verlieren. Viele Länder nähmen Europa inzwischen als selbstzufrieden, visionslos und wirtschaftlich träge wahr. Es fehlten inspirierende politische Persönlichkeiten und Europa sei ein Kontinent, der eher einem Museum als einem Motor des Wandels gleiche. Mit Blick auf China sei eine klarere europäische Strategie gefordert. Europa müsse entscheiden, ob China Partner, Rivale oder Gegner sei, und definieren, in welchen Bereichen Kooperation sinnvoll oder riskant sei. China agiere strategisch und lege die globale Rivalität mit den USA langfristig an. Seltene Erden und technologische Vorsprünge Chinas seien zwar Herausforderungen, würden aber in den kommenden Jahren teilweise ausgeglichen werden. Trotz geopolitischer Spannungen und vielfältiger Krisen herrsche in vielen Teilen der Welt – insbesondere in Asien – Optimismus, weil dort der technologische und gesellschaftliche Wandel als Chance begriffen werde. Der Westen hingegen neige zu übersteigerten Zukunftsängsten: „Wir im Westen wissen nicht, was wir eigentlich wollen und wie wir uns in eine neue Weltordnung einfügen sollen.“ Aber, trotz aller Risiken sei die Welt historisch betrachtet in keiner außergewöhnlich schlimmen Lage, und die heutigen Generationen hätten bessere Lebensbedingungen und Perspektiven als frühere. Entscheidend sei es, sich auf Resilienz, technologische Chancen und eine konstruktive Gestaltung der Zukunft zu konzentrieren, statt in kulturellem Pessimismus zu verharren.

Werner Bruns konstatiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*², Europa verspiele schrittweise seine frühere wirtschaftliche und gesellschaftliche Stärke. Die Grundlagen des europäischen Wohlfahrtsstaats – industrielle Klassenstrukturen, stabile Erwerbsbiografien und national eingebettete Wirtschaftssysteme – seien längst erodiert. Während die globale Wertschöpfung heute auf digitalen Plattformen und wissensbasierten Ökosystemen entstehe, verharre Europa in einer politischen Kultur der Risikoaversion und Besitzstandswahrung. Diese tief verankerte Reflexhaltung blockiere notwendige Reformen und führe zu struktureller Erstarrung. Deutschland stehe exemplarisch für diese Entwicklung. Trotz wirtschaftlicher Schwäche und technologischer Rückstände scheitere das Land an selbst kleinen Modernisierungsschritten. Frankreich zeige ähnliche Muster mit institutionalisierten Routinen und ideologischen Blockaden, die Reformen verhinderten. Insgesamt dominiere in Europa ein politischer Habitus, der Sicherheit über Veränderung stelle und Wandel eher verwalte als gestalte. Europäische Institutionen agierten bewahrend und versuchten, Zukunft durch Regulierung einzufangen. Dadurch verliere Europa seine frühere Innovationskraft, seine ökonomische Reputation und letztlich auch sein politisches Gewicht. Der Kontinent drohe, im 21. Jahrhundert zu einem Hüter veralteter Denkmuster zu werden, während andere Weltregionen dynamischer agierten und die Zukunft gestalteten.

¹ Torsten Recke, „Was hat Europa außer Handtaschen und Champagner zu bieten?“. Fragen an den Historiker Peter Frankopan, *Handelsblatt*, 19.12.2025.

² Werner Bruns, Europa verspielt seine Zukunft, *NZZ*, 19.12.2025.

Europa habe nach Jahren des Hoffens erkennen müssen, dass Donald Trumps aggressive Politik gegenüber dem Kontinent eine ernsthafte Bedrohung darstelle, merkt *Henry J. Farrell* in der *New York Times*³ an. Der Kontinent beginne – ausgelöst durch Trumps Forderung, Dänemark solle Grönland an die USA verkaufen, verbunden mit der Androhung hoher Strafzölle – zu begreifen, dass es sich nicht länger auf die amerikanische Sicherheitsgarantie verlassen könne und dass es eigene Abschreckungskapazitäten brauche. Europa müsse daher lernen, klarere und glaubwürdigere Drohungen auszusprechen, um politischem und wirtschaftlichem Druck zu begegnen. Elementar sei dafür das sogenannte Anti-Coercion Instrument, ein 2023 geschaffenes wirtschaftspolitisches Werkzeug, mit dem die EU im Ernstfall mächtige Gegenmaßnahmen wie Handelsbeschränkungen, Entzug geistiger Eigentumsrechte oder Finanzmarktabschottungen verhängen könne. Obwohl in der Theorie sehr stark, habe die EU dieses Instrument, aus Angst vor Eskalation und wegen innerer Uneinigkeit, bislang nie eingesetzt. Gerade große Mitgliedstaaten wie Deutschland hätten in der Vergangenheit immer wieder gebremst, um ihre wirtschaftlichen Interessen nicht zu gefährden. Angesichts der neuen amerikanischen Drohungen müsse Europa nun den Mut aufbringen, das Instrument tatsächlich zu aktivieren und klar definierte Gegenmaßnahmen anzukündigen. Dazu könnten etwa Angriffe auf sensible Bereiche der amerikanischen Wirtschaft gehören, beispielsweise Big Tech oder Unternehmen, die eng mit Trump-nahen Interessen verwoben seien. Zwar bestünde das Risiko, dass Trump im Gegenzug sofort drastisch eskaliere, etwa indem er die Unterstützung für die Ukraine beende, was für Europa gefährlich wäre. Aber auch die USA würden einen hohen Preis für eine solche Eskalation zahlen. Europa sollte daher konsequent, aber kontrolliert eskalieren und zugleich Wege für eine spätere Deeskalation offenlassen. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung stehe Trumps Grönland-Plänen ohnehin skeptisch gegenüber, was die europäische Verhandlungsposition stärke. Entscheidend sei nun, dass Europa die eigene wirtschaftliche „Bazooka“ nicht länger im Schrank lasse, sondern sie bewusst und strategisch einsetze, um seine Unabhängigkeit zu sichern.

René Pfister argumentiert im *Spiegel*⁴, Donald Trumps offene Missachtung des Völkerrechts habe Europa aus einer Wohlstandsillusion gerissen, in der es sich jahrzehntelang unter dem Schutz der USA eingerichtet hatte. Nun aber, da Trump imperialen Machtanspruch ohne jede Rücksicht auf Regeln demonstriert und damit eine Weltordnung des Stärkeren etabliert habe, müsse Europa begreifen, dass es nur bestehen könne, wenn es selbst strategische Stärke entwickeln werde. Dazu brauche die EU eine politisch legitimierte Spalte, die konfliktfähig sei, Mitgliedstaaten diszipliniere und für gemeinsame Verteidigungs- und Rüstungsstrukturen sorge. Ebenso müsse Europa erkennen, dass technologische Dominanz – insbesondere der großen Silicon-Valley-Konzerne – längst ein geopolitisches Machtinstrument sei. Nur wenn die EU ihre eigenen digitalen Regeln durchsetze und eigene KI-Technologie fördere, könne sie verhindern, zu einer Art digitaler Kolonie der USA zu werden. Wenn Europa sich dieser Entwicklung nicht entschlossen entgegenstellen werde, drohe ihm in einer imperialen Welt die Rolle des kolonial Beherrschten, es ende als „Mündel“ der USA.

Das *Editorial Board* des *Wall Street Journal*⁵ beschäftigt sich mit den Ursachen für den vermeintlichen Niedergang Europas, der von Donald Trump und JD Vance falsch diagnostiziert worden sei, da sie ihn fast ausschließlich auf Migration und kulturelle Faktoren zurückführen. Zwar gebe es reale Probleme wie unkontrollierte Migration, politische Unzufriedenheit, wirtschaftliche Schwäche sowie außenpolitische Ohnmacht, doch die eigentliche Kernursache des europäischen Absturzes liege in den übermäßig großen Sozialstaaten begründet. Die europäischen Wohlfahrtsmodelle erforderten enorme Staatsausgaben, die wiederum hohe Steuern, geringe Innovationsanreize, niedrige Arbeitsmotivation und träge Arbeitsmärkte zur Folge

³ Henry J. Farrell, Europe Has a Bazooka. Time to Use It, The New York Times, 21.1.2026.

⁴ René Pfister, Die Verteidigung des Eiffelturms, Der Spiegel, 9.1.2026.

⁵ Editorial Board, The Real Reason Europe Is Decaying, Wall Street Journal, 11.12.2025.

hätten. Alternde Bevölkerungen verschärften diese Belastungen zusätzlich. Diese strukturellen Faktoren führten dazu, dass europäische Staaten kaum finanzielle Spielräume für Verteidigungsausgaben hätten, was sich etwa im schwachen Einfluss Europas im Ukrainekrieg zeige. Gleichzeitig würden Trump und Vance Migration so stark betonen, weil Reformen am eigenen Sozialstaat politisch heikel seien. Trumps Rhetorik und seine Unterstützung für europäische Parteien wie AfD oder Rassemblement National könnten sich kontraproduktiv auswirken, da diese zwar migrationskritisch auftreten würden, aber ebenfalls große, wenig reformbereite Wohlfahrtsstaaten bevorzugten. Europas zentrale Herausforderungen seien weniger kultureller oder migrationsbedingter Natur, sondern wurzelten tief in fiskalischen und wirtschaftlichen Fehlanreizen der großzügigen Sozialstaaten.

Walter Russell Mead wirft im *Wall Street Journal*⁶ einen Blick auf das außenpolitische Gebaren von Donald Trump, für den Unberechenbarkeit und Risikobereitschaft gepaart mit spektakulären Aktionen eine Chance darstellten und der zu diesem Zweck globale Krisen gezielt ausnutze. Sein Vorgehen setze nicht nur internationale Gegner unter Druck, sondern auch Verbündete, insbesondere in Europa, die auf seine provokanten Aussagen – etwa zu einem möglichen „Grönland-Deal“ – heftig reagierten, im Hintergrund jedoch eigene Zugeständnisse machten. Die jüngsten Erfolge Trumps bedrohten zudem langfristig gewachsene russische Einflusszonen und könnten die geopolitische Lage im Mittleren Osten und in Lateinamerika tiefgreifend verändern. Gleichzeitig versuche Trump, widersprüchliche Strömungen innerhalb seiner eigenen politischen Basis zu bedienen. Interventionsbereitschaft und machtpolitisches Auftreten einerseits, populistische wirtschaftspolitische Maßnahmen andererseits. Ob seine Strategie letztlich aufgehe, sei völlig offen. Mögliche Szenarien reichten von einer geopolitischen Neuordnung mit geschwächten Regimen in Venezuela, Kuba und dem Iran bis hin zu einem völligen Scheitern, was den internationalen Einfluss der USA und Trumps innenpolitische Stellung ernsthaft beschädigen könnte: „If Mr. Trump fails, his successors will struggle to clean up the mess he leaves behind. If he succeeds, he will have built a new world. In the moment of maximum drama and uncertainty in which we now live, nobody knows what the outcome will be.“ Langweilig werde es keinesfalls.

Jan-Werner Müller betrachtet im *Focus*⁷ das erste Jahr der zweiten Amtszeit Donald Trumps. Eine Phase zunehmender Enthemmung sei erkennbar, die paradoxe Weise gerade aus seiner Schwäche resultiere. Da seine Popularität stark sinke und eine schwere Niederlage bei den kommenden Kongresswahlen drohe, greife Trump immer rücksichtsloser zu autoritären Mitteln. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit habe er hundertfach Begnadigungen für Beteiligte des Sturms auf das Kapitol ausgesprochen und damit signalisiert, dass Loyalität über dem Recht stehe und Gesetzesbruch im Dienste seiner politischen oder finanziellen Interessen straffrei bleibe. Gleichzeitig setze er den Staatsapparat gezielt zur Verfolgung politischer Gegner ein, während seine Anhänger privilegiert und sogar durch Begnadigungsversprechen geschützt würden. Es zeichne sich das Bild eines Regimes ab, das nicht nur nach mafiaähnlichen Mustern funktioniere, sondern auch dank eines vom Supreme Court gewährten weiten Immunitätsrahmens fast ohne rechtliche Fesseln agiere. Zugleich verschiebe sich die politische Kommunikation zunehmend in den digitalen Raum, wodurch Regierungsmitglieder Propaganda und Provokation zur Machttechnik erhoben hätten und ein immer radikaleres Online-Publikum bedienten. Diese Dynamik verstärke Trumps Strategie, permanent neue Skandale zu produzieren und so jede nachhaltige öffentliche Empörung zu verhindern. Auch verwische die Regierung systematisch die Grenzen zwischen innenpolitischen Polizeieinsätzen und außen-

⁶ Walter Russell Mead, Trump Captivates the Globe, *Wall Street Journal* 11.1.2026. [„Wenn Herr Trump scheitert, werden seine Nachfolger Mühe haben, die von ihm hinterlassenen Scherben aufzukehren. Wenn er Erfolg hat, wird er eine neue Welt geschaffen haben. In dieser Zeit maximaler Dramatik und Unsicherheit, in der wir uns befinden, weiß niemand, wie es ausgehen wird.“]

⁷ Jan-Werner Müller, Trump ist schwach – und deshalb gefährlich, *Focus*, 16.1.2026.

politischen Operationen, was den Eindruck eines „anything goes“ verstärke. Die Brutalität außenpolitischer Aktionen könne sich allerdings zwangsläufig ins Innere zurückkehren und autoritäre Tendenzen weiter verstärken. Dennoch seien erste Risse im System erkennbar, etwa innerhalb der Republikanischen Partei, bei wirtschaftlichen Akteuren, die Trumps Kurs nicht mittragen könnten, oder bei Bürger, die sich mutig staatlicher Einschüchterung widersetzen. All diese lasse zum Schluss kommen, die Demokratie in den USA sei noch nicht verloren, doch sie werde auf eine harte Belastungsprobe gestellt.

Donald Trump überrasche auch nach fünf Jahren im Amt weiterhin mit umstrittenen Aussagen, die Europa erschütterten, konstatiert *Thomas Gutschker* in der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*⁸. Die Ordnung, die seit dem Zweiten Weltkrieg von den USA dominiert worden sei, könnte auf die Probe gestellt werden. Besonders seine Äußerungen zu Grönland zeigten eine gefährliche Entwicklung, die die von den USA geprägte Weltordnung zunehmend infrage stelle. Trumps imperialer Kurs, der sich zunehmend von internationalen Regeln löse, setze Europa geopolitisch unter Druck. Zwar reagierten Dänemark, andere NATO-Partner und der amerikanische Kongress mit klaren Gegenmaßnahmen, doch bleibe die Lage angespannt. Europa müsse seine Verteidigungsfähigkeit stärken und sich an eine stärker machtpolitisch geprägte Welt anpassen. Trotz aller Konflikte bleibe die Zusammenarbeit mit den USA wichtig, zumal China und andere Mächte strategisch an Einfluss gewinnen würden.

Ulrich Kühn erklärt im Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung*⁹, die NATO sei faktisch am Ende und dies nicht erst wegen Trumps aktueller Drohung, europäischen Staaten Strafzölle aufzuerlegen, falls sie Grönland nicht an die USA abtreten würden. Trump habe das Bündnis schon seit seiner ersten Amtszeit grundlegend verändert, für ihn habe ein Militärbündnis keinen Wert, wenn es nicht vor allem den USA nutze. Die europäischen Partner hätten Warnungen jahrelang ignoriert und zu wenig aufgerüstet. Europa werde Trump diplomatisch von seinem Grönland-Plan nicht abbringen können. Die EU sei sicherheitspolitisch abhängig, vor allem wegen der Ukraine und zudem intern zerstritten. Trump könne außerdem weiter eskalieren, etwa, indem er seine Unterstützung für die Ukraine an Forderungen knüpfe. Europa habe zwar Druckmittel wie die Schließung von US-Militärbasen oder die Abkopplung von amerikanischer Technologie, doch diese seien riskant und teuer. Insgesamt seien die USA im Konflikt klar stärker. Die NATO werde wohl nicht spektakulär zerbrechen, aber langsam ausgehöhlt, da die amerikanische Beistandszusage unter Trump nicht mehr verlässlich sei, es werde ein „schleichender Prozess“ werden. Eine verkleinerte „Restallianz“ ohne USA sei dennoch sinnvoll und erhaltenswert.

Im Gespräch mit dem *Spiegel*¹⁰ beschreibt *Steven Sokol*, wie sich die transatlantischen Beziehungen unter Donald Trump grundlegend verändert hätten. Viele Amerikaner sähen Europa nicht mehr als relevanten Partner und kritisierten eine unausgewogene Lastenteilung, da Europa aus ihrer Sicht zu wenig in seine eigene Sicherheit investiert habe. Zwar werde sich die USA nicht völlig zurückziehen, doch müsse Europa künftig mit „weniger Amerika“ rechnen und schneller eigenständig handeln, etwa durch stärkere Verteidigungsanstrengungen, besseren Grenzschutz und mehr Unterstützung für die Ukraine. Gleichzeitig setze Trump Europa zunehmend unter wirtschaftlichen und politischen Druck, beispielsweise durch Forderungen zur Lockerung der Digitalregulierung. Ein zu harter europäischer Gegenkurs könnte das Verhältnis jedoch weiter belasten. Europa brauche daher kurzfristig mehr gemeinsame sicherheitspolitische Kooperation und langfristig größere digitale, wirtschaftliche und militärische Souveränität. Insgesamt trete die transatlantische Partnerschaft in eine neue Phase ein, die nicht mehr von Tradition, sondern von klar definierten Interessen geprägt sein werde.

⁸ Thomas Gutschker, Auf die harte Tour, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.1.2026.

⁹ Antonio Fumagalli, „Das war's für die Nato“. Fragen an den Sicherheitsexperten Ulrich Kühn, NZZ, 21.1.2026.

¹⁰ Simon Book, „Das alte Amerika kommt nicht wieder“. Fragen an Steven Sokol, Präsident des American Council on Germany, Der Spiegel, 16.1.2026.

Im Gespräch mit der *Welt*¹¹ ordnet Matthias Herdegen das amerikanische Vorgehen in Venezuela als klaren Verstoß gegen das Völkerrecht ein, betont dabei jedoch auch das grundlegende Dilemma der internationalen Ordnung. Autoritäre Regime hätten sich Jahrzehntelang hinter dem Prinzip territorialer Integrität verschanzen können, selbst wenn sie ihre eigene Bevölkerung unterdrückten oder regionale Stabilität gefährdeten. Reine moralische Empörung greife hier zu kurz; vielmehr müsse anerkannt werden, dass das Völkerrecht nur Bestand haben werde, wenn Staaten es als legitimen Schutzrahmen akzeptierten. Das Völkerrecht bestehe aus Verträgen wie der UN-Charta und dynamischem Gewohnheitsrecht, das sich an neue Bedrohungen anpassen müsse. Mit Blick auf mögliche zukünftige Regelbrüche – etwa amerikanische Ambitionen in Richtung Grönland – sei Reziprozität ein zentrales Motiv für Staaten, sich an das Recht zu halten. Wer das Völkerrecht breche, riskiere globale Nachahmung, geopolitische Instabilität und eigenen Machtverlust. Auch wirtschaftliche und politische Rückschläge würden die USA bei allzu radikalen Schritten treffen. Das Völkerrecht müsse flexibel genug sein, um auf neue geopolitische Realitäten zu reagieren, ohne dabei eindeutige Rechtsverletzungen zu verharmlosen. Gleichzeitig sei sein Fundament geschwächt worden, weil der weitgehend handlungsunfähige UN-Sicherheitsrat spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine seine zentrale stabilisierende Rolle nicht mehr erfülle. Das Völkerrecht bleibe ein System, das Legitimität und Machtbalance zugleich benötige: Es dürfe weder durch Gewalt ausgehöhlt noch so starr ausgelegt werden, dass sich selbst wohlgesonnene Staaten davon abwenden würden.

In der *Süddeutschen Zeitung*¹² konstatiert Ronen Steinke, Donald Trump versuche im Gegensatz zu früheren US-Präsidenten nicht einmal mehr, außenpolitische Aktionen völkerrechtlich zu legitimieren, so etwa beim Angriff auf Venezuela. Diese neue Offenheit mache seine Politik besonders gefährlich, auch wenn die dahinterstehende Missachtung des Völkerrechts nicht neu sei. Während sich die USA aus der internationalen Rechtsordnung herausbewegten, nutzten andere Mächte wie Russland weiterhin pseudo-juristische Begründungen für ihre Aggressionen. Für viele Länder des globalen Südens könnte dies den Eindruck erwecken, dass Washington jedes Interesse an internationalen Normen verloren hat, was die weltweite Akzeptanz autoritärer Rechtfertigungsstrategien stärken könnte.

Das Vorgehen Donald Trumps mit Blick auf Grönland sowie die Rücknahme seiner Drohungen, zeige – so das *Editorial Board* des *Wall Street Journal*¹³ –, dass der amerikanische Präsident doch nicht allmächtig und seine Macht keineswegs unbegrenzt sei. Seine extremen Forderungen und Drohungen richteten zwar realen Schaden an – insbesondere Vertrauensverlust bei den Verbündeten und Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA –, auch wenn diese Folgen schwer abschätzbar seien und sich erst in zukünftigen Krisen vollständig zeigen könnten. Bei aller drastischen Rhetorik werde aber auch deutlich, dass Trump nicht tun könne, was er wolle. Er werde eingehetzt durch demokratische Institutionen, die Notwendigkeit stabiler internationaler Allianzen sowie durch die öffentliche Meinung, die sich unter anderem in Umfragen und auf den Finanzmärkten widerspiegeln. Ein Zusammenbruch der NATO während seiner Amtszeit wäre ein dauerhafter Makel für sein politisches Vermächtnis, dies gelte auch für einen russischen Sieg in der Ukraine. Es bleibe die Unsicherheit, was Trump als nächstes tun werde, doch mit sinkender Popularität schwinde auch sein politisches Kapital.

¹¹ Tristan Filges, „Es genügt nicht, sich in piepsiger Empörung über Trump zu ergehen“. Fragen an den Völkerrechtsprofessor Matthias Herdegen, *Die Welt*, 16.1.2026.

¹² Ronen Steinke, Wie es ihm gefällt, *Süddeutsche Zeitung*, 13.1.2026.

¹³ Editorial Board, Donald Trump, Not Unchained, *Wall Street Journal*, 22.1.2026.

In der Debatte: Gefahren für die Demokratie

Jonas Schaible beschreibt im *Spiegel*¹⁴, wie rechte autoritäre Bewegungen den Vorwurf einer angeblich von links betriebenen „Cancel Culture“ als politisches Werkzeug nutzen, um liberale Demokratien zu delegitimieren. Die Erzählung einer bedrohten Meinungsfreiheit – trotz gegenteiliger Tatsachen – diene dabei als strategisches Mittel, um eigene Macht auszubauen, Kritik abzuwehren und gesellschaftliche Tabus zu verschieben. Während in den USA selbst massiv gegen freie Rede vorgegangen werde, stilisiere man sich zugleich zu Verteidigern der Meinungsfreiheit. Die Vorstellung einer linken Zensur sei jedoch ein Mythos, der reale Phänomene verzerrt und politisch instrumentalisiert werde. Dadurch gelinge es der extremen Rechten, Einfluss auf die öffentliche Debatte zu gewinnen und demokratische Institutionen zu untergraben.

Marc Felix Serrao argumentiert bei *WELTplus*¹⁵, nicht Donald Trump stelle die größte Gefahr für Europa dar, sondern innere, „linksliberale“ gesellschaftliche Entwicklungen. Zwar seien die transatlantischen Beziehungen angespannt, doch liege das Kernproblem weniger in der amerikanischen Außenpolitik als in Europas eigener sicherheitspolitischer Abhängigkeit und moralischer Selbstüberhöhung begründet. Donald Trump strebe nicht das Ende des Westens an, sondern die Durchsetzung amerikanischer Dominanz. Europa solle diese Realität anerkennen, statt in Alarmismus zu verfallen, denn die transatlantischen Beziehungen seien historisch und kulturell tief verwurzelt. Zugleich sei klar, dass „Europa allein“ keine realistische Option darstelle, denn der Kontinent sei politisch zerstritten, militärisch schwach und strategisch unentschlossen. Ohne die Schutzgarantie der USA würde die EU eher auseinanderfallen als zusammenfinden. Aber auch die USA täuschten sich selbst, Trumps Kritik an Europa spiegele oft eigene Probleme wider. Viele gesellschaftliche Entwicklungen, die Europa schwächen, wie Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Identitätspolitik oder der Verlust von Leistungsorientierung, hätten ihren Ursprung in den USA. Der eigentliche Bruch im Westen verlaufe daher nicht zwischen Europa und Amerika, sondern innerhalb der westlichen Gesellschaften. Ein zunehmend dominanter „Linksliberalismus“ löse traditionelle Bindungen wie Familie, Nation und gewachsene soziale Ordnung auf und ersetze sie durch einen moralisierenden Staat. Diese Dynamik schwäche die westlichen Gesellschaften auf beiden Seiten des Atlantiks. Trump erscheine dabei weniger als Ursache der Krise, sondern als politische Gegenreaktion auf diese Entwicklungen. Der Westen stehe vor einer Weggabelung: Entweder driftete er in eine pseudoliberale, kollektivistische Zukunft ab, oder er finde durch Rückbesinnung auf seine freiheitlichen Traditionen wieder zu innerer Stärke.

Im Gespräch mit *Law&Liberty*¹⁶ erläutert *Niall Ferguson* zentrale Thesen seines vor 20 Jahren erschienenen Buches und zeigt deren Relevanz für die Gegenwart auf. Es gebe drei Hauptkräfte, die die extreme Gewalt des 20. Jahrhunderts geprägt hätten: ethnische Konflikte, ökonomische Volatilität und der Niedergang von Imperien. Diese Faktoren hätten besonders dort zu massiver Gewalt geführt, wo multiethnische Gesellschaften auf wirtschaftliche Umbrüche und zerfallende Machtstrukturen getroffen seien. Dieselben Dynamiken seien auch heute noch wirksam, etwa im Irak, in Afghanistan, in der Ukraine und im Verhältnis zwischen China und Taiwan. Besonders besorgniserregend sei die Rückkehr des Antisemitismus, der sich heute sowohl aus traditionellen christlichen Quellen als auch aus modernen Formen muslimischen Antisemitismus speise. Hier wiederhole sich eine gefährliche historische Entwicklung, die bereits im 20. Jahrhundert zu Gewaltexzessen geführt habe. Die Tagebücher von Victor

¹⁴ Jonas Schaible, Das Brecheisen der Autoritären, Der Spiegel, 16.1.2026.

¹⁵ Marc Felix Serrao, Nicht Donald Trump, sondern der Linksliberalismus bedroht Europa, WELTplus, 11.1.2026.

¹⁶ Brian Pawłowski, Dark Forces of the Twentieth Century. Sir Niall Ferguson on his 2006 book The War of the World, Law&Liberty, 19.1.2026.

Klemperer, die die schleichende Entrechtung jüdischer Bürger im Nationalsozialismus dokumentierten, sollten als warnendes Beispiel dienen. Ein weiterer zentraler Punkt sei der Niedergang der westlichen Macht, der bereits Anfang der 2000er Jahre durch Chinas rasanten wirtschaftlichen Aufstieg sichtbar geworden sei. Der Westen habe seine frühere wirtschaftliche und politische Dominanz überschätzt und sei bis heute nicht ausreichend auf die Verschiebung globaler Machtverhältnisse vorbereitet. „The War of the World“ sei bewusst ein unbequemes Buch, da es Illusionen über moralische Eindeutigkeit oder historische Stabilität zerstöre und gerade deshalb bleibe es weiterhin notwendig.

Sven Prange konstatiert im *Handelsblatt*¹⁷, es gehe der liberalen Demokratie besser, als es angesichts des weltweiten Erfolgs rechtspopulistischer Akteure den Anschein habe. Diese seien weniger stark, als ihre mediale Präsenz vermuten lasse, ihre politische Bilanz sei schwach und reiche von wirtschaftlichen Misserfolgen über enttäuschte Wähler bis hin zu Abhängigkeiten von außen. Für Demokratien sei dies jedoch nur dann ein Vorteil, wenn sie selbst überzeugend handeln würden. In Deutschland habe die Entzauberung des Rechtspopulismus noch nicht begonnen, weil die Regierung keine klaren Antworten auf die entscheidenden Fragen nach wirtschaftlichen Perspektiven und bezahlbarem Alltag gebe. Statt Empörung brauche es konkretes politisches Handeln, das sich in einer aktiven Wirtschaftspolitik, die Sicherheit im Strukturwandel schaffe, sowie leistungsfähigen staatlichen Institutionen manifestiere. Nur wenn demokratische Regierungen Wachstum ermöglichen, Transformation gestalteten und Bürokratien reformierten, könnten sie populistischen Untergangsnarrativen etwas entgegensetzen und zeigen, dass Freiheit ein funktionierendes Erfolgsmodell bleibe.

Bei cicero.de¹⁸ merkt Jacob Ross an, der Westen gerate trotz der vermehrten Berufung auf seine Werte immer stärker unter geopolitischen und inneren Druck, während gleichzeitig eine neue internationale Ordnung entstehe, die nicht mehr von westlichen Staaten geprägt werde. Der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine und das Scheitern westlicher Versuche, Moskau zu isolieren, zeigten diesen Machtverlust deutlich. Zugleich treibe die Trump-Regierung mit der MAGA-Bewegung eine Revision westlicher Werte von innen voran. Statt universalistischen Menschenrechtsideen propagierten ihre Vertreter ein identitär-konservatives Zivilisationsverständnis, das rechtspopulistische Kräfte in Europa beflügeln. Besonders problematisch sei jedoch ein Generationenwechsel im Westen. Jüngere Eliten, vor allem an führenden Universitäten, würden mit „westlichen Werten“ wie Liberalität, Rechtsstaatlichkeit oder Minderheitenschutz kaum noch etwas Positives verbinden. Stattdessen würden diese Werte zunehmend dekonstruiert oder als Ausdruck kolonialer, imperialistischer Traditionen diffamiert. „Westliche Geschichte“ sei durch globale, postkoloniale Perspektiven verdrängt worden und junge Menschen in einen Zustand moralischer und intellektueller Orientierungslosigkeit geraten. Diese Entwicklung unterscheide sich zwar nicht völlig von früheren antiwestlichen Protestbewegungen, doch fehle heute ein intellektueller Gegenpol wie in den 1960er und 1970er Jahren. Das Ergebnis sei ein Westen, dem zunehmend ein geistiges Koordinatensystem und ein „Immunsystem“ gegen antiwestliche Narrative fehle. Während Universitäten teils offen pro-Hamas-Proteste duldeten, entstünden parallel postliberale Bewegungen, die den Liberalismus selbst als Ursache gesellschaftlicher Entwurzelung betrachteten und stattdessen für Homogenität, Tradition und kulturelle Abgrenzung werben würden. Diese Ideologien fänden Anschluss an rechtspopulistische Strömungen und öffneten zugleich Räume für gefährliche Tendenzen wie Ethnonationalismus, Antisemitismus und Sympathien für den historischen Faschismus, besonders unter Teilen einer jüngeren, radikalierten Rechten in den USA. Westliche Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik seien zu lange passiv geblieben, 2026 sei ein entscheidender Zeitpunkt, um den geistigen und politischen Verfall aufzuhalten.

¹⁷ Sven Prange, Die Chance, die wir haben, Handelsblatt, 30.12.2025.

¹⁸ Jacob Ross, Der Westen droht zur leeren Hülle zu werden, cicero.de, 16.1.2026.

Richard Haass erläutert im Gespräch mit der FAZ¹⁹, warum er die amerikanische Demokratie ein Jahr nach dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump in einem kritischen Zustand sehe. Eine massive Stärkung der Exekutive zeichne sich ab, während Kongress und Supreme Court ihrer Kontrollfunktion kaum nachkämen. Trump regiere mit zahlreichen Verordnungen und agiere teils außerhalb rechtlicher Grenzen, etwa im Einsatz der Einwanderungsbehörde. Mögliche Eingriffen in die kommenden Kongresswahlen seien nicht auszuschließen, von Wählerunterdrückung bis zu Eingriffen in die Stimmauszählung. Die Republikanische Partei sei radikalisiert und kaum wiederzuerkennen, während die Demokraten gespalten seien. Innerhalb der MAGA-Bewegung seien wachsende interne Spannungen zu erkennen, aber solange Trump an der Spitze stehe, sei nicht mit einem Bruch zu rechnen. Wie es danach weitergehe, sei vollkommen offen, einen eindeutigen Kronprinzen gebe es nicht. Insgesamt sei der Zustand der demokratischen Stabilität der USA besorgniserregend.

Ross Douthat stellt in der *New York Times*²⁰ fest, Donald Trump habe in seiner ersten Amtszeit zwar große Ankündigungen gemacht, den amerikanischen Konservatismus grundlegend umzubauen, tatsächlich habe er aber nur kleinere Veränderungen vorgenommen. In seiner zweiten Amtszeit hingegen gehe Trump radikaler vor. Die traditionelle Struktur des konservativen Lagers werde regelrecht eingerissen und neu zusammengesetzt. Die lange dominierenden Institutionen – klassische Thinktanks, etablierte Medien und konservative Organisationen – hätten ihre frühere Bedeutung weitgehend verloren. An ihre Stelle sei eine neue, unübersichtliche Mischung aus Influencern, Online-Persönlichkeiten und politischen Außenseitern getreten, die die Debatten prägten. Es bilde sich eine neue Form nationalistischer Politik heraus, die sich deutlich von früheren konservativen Ideologien unterscheidet, man stärker auf nationale Interessen fixiert, interventionistischer in wirtschaftspolitischen Fragen und zugleich kulturell weniger moralistisch. Allerdings sei diese neue Politikrichtung sehr unscharf, weil Trump selbst ständig Positionen wechsle und keine klare Linie vorgebe. Dadurch entstehe ein politisches Projekt, das zwar große Veränderungen auslöse, aber kein klares, stabiles ideologisches Fundament besitze. Trump habe zwar bestimmte Anliegen der alten konservativen Bewegung vollendet – etwa die politische Neuausrichtung der Justiz oder den Abbau bestimmter Bürgerrechtsregelungen –, zugleich aber zentrale Bestandteile des „alten“ Konservatismus endgültig beendet, beispielsweise die idealistische Außenpolitik oder die moralisch geprägte Sozialpolitik. Die republikanische Koalition, die Trump 2024 an die Macht brachte, verliere zunehmend an Geschlossenheit, was langfristige Dominanz unwahrscheinlich mache. Die Zukunft der neuen nationalistischen Rechten sei weit offen. Sie könnte international aggressiver oder isolationistischer werden, könnte die Wirtschaft stärker steuern oder libertärer ausrichten, könnte eine multikulturelle oder eine identität-nationale Ausrichtung bekommen. Trump habe zwar die politische Landschaft entscheidend verändert, aber keine stabile neue Ordnung geschaffen hat. Historisch gesehen werde er wohl eher als bloßer Verwalter eines Übergangs denn als eigentlicher Gründer einer neuen politischen Ära gelten.

In der *National Review*²¹ weist John Gustavsson darauf hin, der Aufstieg des französischen Rassemblement National sollte ein warnendes Beispiel für die amerikanische Rechte sein. Trotz wachsender Popularität – verstärkt durch juristische Maßnahmen gegen Marine Le Pen – bleibe die Partei wirtschaftspolitisch widersprüchlich. Sie modernisiere zwar ihre außenpolitischen Positionen unter Jordan Bardella, verweigere jedoch dringend nötige Reformen des französischen Sozialsystems, blockiere Rentenkürzungen und unterstütze teure Sozialleistungen, die Frankreichs Haushaltskrise verschärften. Zugleich setze der RN auf Protektionismus,

¹⁹ Majid Sattar, „Trump macht alles, was er kann, solange er nicht gestoppt wird“. Fragen an den Politikwissenschaftler Richard Haass, FAZ, 20.1.2026.

²⁰ Ross Douthat, Trump's Second Term Has Ended the Conservative Era, The New York Times, 17.1.2026.

²¹ John Gustavsson, France's Populist Surge Is a Cautionary Tale for America's Right, National Review, 28.12.2025.

lehne Technologie- und Arbeitsmigration ab und erschwere damit den dringend benötigten wirtschaftlichen Strukturwandel. Diese Strategien ähnelten populistischen Strömungen in den USA: starke Rhetorik gegen Immigration, aber Schweigen bei der Frage, wie ausufernde Sozialausgaben finanziert werden sollten. Populismus ohne fiskalische Disziplin biete keinerlei Lösungen – weder in Frankreich noch in den USA.

Im Gespräch mit der *Zeit*²² plädiert Andreas Rödder dafür, die starre „Brandmauer“ zur AfD durch flexible „rote Linien“ zu ersetzen. Statt pauschaler Ausgrenzung brauche es eine klare inhaltliche Auseinandersetzung, die verfassungswidrige Positionen ausschließe, aber politische Streitpunkte offen verhandele. Bürgerliche Politik gehe vom Individuum aus und lehne sowohl rechten Ethnopluralismus als auch linke identitätspolitische Kollektivvorstellungen ab. Eine differenzierte Diskussionskultur sei dringend erforderlich und der „Habitus der Verächtlichkeit“, der besonders, aber nicht ausschließlich, bei der AfD zu finden sei, sei nicht zielführend. Kooperationen mit der AfD solle man nicht grundsätzlich ablehnen, solange eigene Prinzipien gewahrt würden; zugleich sei ein AfD-Verbotsverfahren nicht auszuschließen, falls das Bundesverfassungsgericht belegen könne, dass die Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfe. Insgesamt sei davon auszugehen, dass die entscheidenden politischen Konflikte künftig rechts der Mitte ausgetragen würden, und darauf müsse sich die CDU dringend strategisch vorbereiten.

Franziska Zimmerer stellt in der *Welt*²³ fest, sowohl linke als auch rechte Gruppen würden verstärkt eine Kultur des Deutschland-Hasses pflegen. Statt konstruktiv über Probleme zu sprechen, dominiere Empörung, eine Haltung, die zu politischer Lähmung statt zu Lösungen führe. Linke Gruppen verleugneten reale Sicherheitsprobleme, während rechte Akteure Deutschland als Bürgerkriegsland überzeichneten. Beide Extreme verzerrten die Realität. Im Bereich Meinungsfreiheit gebe es durchaus problematische Entwicklungen in Deutschland, etwa durch digitale Meldestrukturen, gleichzeitig müsse aber festgestellt werden, dass auch die USA unter Trump kritische Stimmen massiv unter Druck setzten. Wer nur Deutschland anklage, verfolge häufig keine Prinzipientreue, sondern „Widerspruchsfreiheit“, es gehe den Klägern nur darum, selbst ungestört polemisieren zu können. Morale Urteile müssten aber auf Fakten, nicht auf Emotionen wie Wut oder Kränkung beruhen. Die Tatsache, dass sich manche Menschen am vermeintlichen Niedergang Deutschlands oder des Westens erfreuten, könne durch eine Sehnsucht nach autoritären Figuren motiviert sein. Ein weiteres Element sei ein nostalgisches „Früher-war-alles-besser“-Gefühl, das weniger auf realer Vergangenheit als auf der Überforderung durch eine komplexer gewordene Gegenwart beruhe. Diese Haltung speise sich aus Unzufriedenheit, Kontrollverlust und persönlicher Überforderung. Viele Sehnsüchte nach „früher“ seien eher Ausdruck persönlicher Überforderung als einer realistischen Analyse.

Reinhard Müller stellt in der *FAZ*²⁴ fest, der Anschlag auf die Energieversorgung in Berlin sowie verschiedene Bekennerschreiben der „Vulkangruppen“ zeichneten ein beunruhigendes Bild des gegenwärtigen politischen Extremismus. Obwohl unklar sei, welche Gruppe tatsächlich verantwortlich sei, verbinde alle ein gemeinsames ideologisches Fundament: Sie legitimierten Gewalt mit angeblich antimilitaristischen Motiven, richteten ihre Sabotage jedoch de facto gegen die zivile Bevölkerung. Solche Anschläge seien weder symbolisch noch harmlos, sie würden vor allem sozial schwächere Menschen treffen, die nicht ausweichen könnten. Rechtswidrige Protestformen in der Gesellschaft zu verharmlosen, wie es etwa bei radikalen Klimaprotesten bereits geschehe, sei gefährlich. Wer Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiere, delegitimiere den demokratischen Prozess und öffne der Willkür Tür

²² Tina Hildebrandt/Robert Pausch, „Als Bürgerliche lehnen wir das ab“. Fragen an den Historiker Andreas Rödder, *Die Zeit*, 15.1.2026.

²³ Franziska Zimmerer, Die Deutschland-Hasser, *Die Welt*, 13.1.2026.

²⁴ Reinhard Müller, Angriff auf das Gerüst der Demokratie, *FAZ*, 9.1.2026.

und Tor. Vor dem Hintergrund internationaler Bedrohungen – etwa durch Russland oder durch Drohgebärden von Donald Trump gegenüber NATO-Partnern – sei eine entschlossene Verteidigung des Rechtsstaats im Inneren umso wichtiger. Einschränkungen der Meinungsfreiheit wären jedoch falsch, vielmehr müsse der Staat konsequent gegen Gewalt, Sabotage und Selbstjustiz vorgehen und Versäumnisse wie die unaufgeklärten RAF-Morde endlich beheben. Eine funktionierende Infrastruktur und verlässliche innere Sicherheit seien grundlegende Elemente der Demokratie, deren Schutz von Politik und Behörden mit Klarheit, Ausdauer und Entschlossenheit gewährleistet werden müsse.

Peter R. Neumann warnt im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*²⁵ vor einer neuen Welle eines gewaltbereiten Linksextremismus und weist auf eine zunehmende Radikalisierung der Szene hin. Zwar sei die Zahl linksextrem motivierter Taten laut Verfassungsschutz zuletzt gesunken, doch die ideologische Aufladung habe stark zugenommen. Viele Linksextreme deuteten den politischen Aufstieg der AfD als existentielle Bedrohung und glaubten, eine „faschistische Machtergreifung“ stehe unmittelbar bevor, ein Narrativ, das nach ihrer Logik Gewalt legitimieren solle. In diesem Denken würden nicht nur Rechtsextreme, sondern große Teile der Gesellschaft, einschließlich Staat und Polizei, als „faschistisch“ eingestuft, was die Gefahr extremistischer Eskalation erhöhe. Zugleich verschärfe sich die Polarisierung, da rechte und linke Gewalt sich gegenseitig anheizen würde. Seit dem 7. Oktober hätte zudem eine ideologische Verschmelzung zwischen linksradikalen Antimperialisten und islamistischen Milieus in den propalästinensischen Protesten stattgefunden. Beide Gruppen vereine das Narrativ eines angeblichen Genozids in Gaza, das nicht nur historisch fragwürdig sei, sondern auch zur Dämonisierung Israels und zur Rechtfertigung von Gewalt beitrage. Dadurch steige die Bedrohung für jüdische Gemeinden, die zunehmend pauschal als Teil eines „zionistischen Projekts“ diffamiert würden. Außerdem gebe es neue Strömungen wie öko-anarchistische „Akzeleratisten“, die durch Anschläge den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems beschleunigen wollten. Diese Gruppen vereinten Technologiefeindlichkeit, radikale Klimakritik und Staatsablehnung und seien dabei ideologisch teils sowohl mit rechter als auch linker Systemfeindschaft kompatibel. Der jüngste Anschlag auf das Berliner Stromnetz passe genau in dieses Muster und zeige, dass das Potenzial gewaltbereiter Akteure erheblich sei.

In der Debatte: Antisemitismus und Antizionismus

In den letzten 25 Jahren hätten linke Parteien in Deutschland und anderen westlichen Ländern viele traditionelle Wähler verloren, merkt Stephan Lehnstaedt in der FAZ²⁶ an. Der steigende Wohlstand habe marxistische Argumentationsmuster gegen soziale Ungleichheit entwertet, und überzeugende Alternativen fehlten. Parallel dazu hätten postkoloniale Theorien sowie die „Critical Race Theory“ an Universitäten an Einfluss gewonnen. Linke Parteien hätten diese Konzepte aufgegriffen und eine Identitätspolitik entwickelt, die nicht mehr auf ökonomischen Kriterien, sondern auf kulturellen und ethnischen Zugehörigkeiten basiere. Damit ähnelten ihre Strategien kolonialen Mustern. Gruppen würden definiert, ihnen Vertreter zugewiesen und gegeneinander ausgespielt, während die Macht bei denen liege, die über Zugehörigkeit entscheiden würden. Diese Politik zeige sich auch in der Haltung zu Israel. Unter Rückgriff auf postkoloniale Argumentationen würden Jüdinnen und Juden als „privilegierte Weiße“ dargestellt, wodurch sie nicht als Opfer von Rassismus gelten würden, sondern als Unterdrücker. Offener Antisemitismus bleibe tabu, doch die sogenannte Israelkritik biete ein Ventil. Seit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 habe sich die Kritik an Israel verschärft, insbesondere

²⁵ Peter Laudenbach, „Erstaunlich, dass wir nicht schon mehr Terroranschläge erlebt haben“. Fragen an den Extremismusforscher Peter R. Neumann, Süddeutsche Zeitung, 9.1.2026.

²⁶ Stephan Lehnstaedt, Deutsche Schnittmengen, FAZ, 18.12.2025.

durch den Vorwurf eines „Genozids“ in Gaza. Dieser Vorwurf werde durch Berichte wie den der UN-Beauftragten Francesca Albanese scheinbar legitimiert und von der Linkspartei offensiv genutzt. Parteitagsbeschlüsse und Bundestagsdebatten zeigen, wie Begriffe wie „genozidaler Krieg“ in den Diskurs eingeführt würden, um antisemitische Positionen als objektiv erscheinen zu lassen. Die Strategie diene auch der Mobilisierung migrantischer Milieus, wie Demonstrationen in Berlin belegten. Dabei komme es zu einer Täter-Opfer-Umkehr: Palästinenser würden als Opfer eines Genozids inszeniert, während Israel sowie alle Jüdinnen und Juden kollektiv für angebliche Verbrechen verantwortlich gemacht würden. Kritische Stimmen innerhalb der Linken, die auf juristische Entscheidungen warten wollten, blieben marginal. Insgesamt trage diese Entwicklung zu einer Verschiebung des gesellschaftlichen Klimas in Richtung Antisemitismus bei.

Einat Wilf erklärt im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*²⁷, warum Antizionismus eine ernste Bedrohung für Juden weltweit sei. Historische Beispiele wie die Vertreibung der Juden aus arabischen Staaten oder antisemitische Kampagnen in Osteuropa zeigten, dass gesellschaftlich verankerter Antizionismus regelmäßig zu Feindseligkeit und Vertreibung geführt habe. Die Hauptverantwortung für das Scheitern des Friedensprozesses liege bei den Palästinensern, deren politische Identität der Begriff „Palästinismus“ beschreibe, eine Bewegung, die vor allem auf die Negation jüdischer Selbstbestimmung ausgerichtet sei. Eine Lösung könne nur entstehen, wenn Palästinenser den jüdischen Staat grundsätzlich akzeptierten. Israelische Siedlungen seien zwar problematisch, aber nicht das zentrale Hindernis. Es brauche einen grundlegenden mentalen Wandel, denn die wachsende weltweite Institutionalisierung des Antizionismus sei die größte Gefahr für Israels Zukunft.

Theresa Weiß beschreibt in der *FAZ*²⁸, wie Antisemitismusbeauftragte in Deutschland zunehmend selbst zur Zielscheibe würden. Der Brandanschlag und die Morddrohung gegen Brandenburgs Beauftragten Andreas Büttner zeigten die Eskalation besonders deutlich. Auch andere Amtsinhaber berichteten von Hass, Bedrohungen und Beleidigungen, online wie offline. Die Angriffe kämen aus verschiedenen extremistischen Milieus: rechts, links und islamistisch. Laut Experten richte sich antisemitische Gewalt nicht nur gegen Juden, sondern gegen alle Personen oder Institutionen, die öffentlich mit jüdischem Leben verbunden würden. Während manche Beauftragte bislang keine Vorfälle meldeten, stellten andere eine deutliche Zunahme von Feindseligkeiten fest, besonders seit dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023. Viele Veranstaltungen mit jüdischem Bezug könnten nur noch unter Polizeischutz stattfinden. Einige Beauftragte hätten ihr Amt sogar aufgegeben, da die Belastung zu groß geworden sei. Insgesamt zeige sich ein alarmierender Anstieg von Bedrohungen gegen jene, die Antisemitismus bekämpfen sollten.

Klaus Hillenbrand erläutert in der *taz*²⁹, der heutige Hass auf den Zionismus entspringe einer langen Tradition der Dämonisierung, die oft von antisemitischen Motiven geprägt sei. Der Zionismus werde in Teilen der politischen Linken fälschlich als inhärent rassistisch oder unterdrückerisch dargestellt, obwohl seine historischen Wurzeln in einer liberalen, sozial orientierten und diskriminierungsfreien Vision gelegen hätten. Bereits Theodor Herzl habe den Zionismus als Antwort auf anhaltende antisemitische Diskriminierung in Europa entworfen, als Emanzipations- und Befreiungsprojekt, nicht als Herrschaftsideologie. Im frühen Zionismus hätten linke Strömungen dominiert wie Poale-Zion, die eine egalitäre, klassenlose Gesellschaft anstrebt und die Grundlage der Kibbuzbewegung bildeten. Dass jüdische Einwanderung nach Palästina als kolonialistische Unternehmung dargestellt werde, widerspreche der histo-

²⁷ Zelda Biller, „Wenn man dem Antizionismus nicht entgegentritt, bleibt kein Jude übrig“. Fragen an die israelische Publizistin Einat Wilf, Süddeutsche Zeitung, 13.1.2026.

²⁸ Theresa Weiß, Sie werden selbst zur Zielscheibe, FAZ, 16.1.2026.

²⁹ Klaus Hillenbrand, Nicht der Zionismus ist schuld, taz. die tageszeitung, 10.1.2026.

rischen Realität, da die Menschen vor Verfolgung flohen und keinen mächtigen Staat im Rücken gehabt hätten. Der Zionismus selbst sei äußerst vielfältig und umfasse ein breites Spektrum politischer Ideen, von sozialistischen bis pazifistischen Ansätzen, aber auch rechten Strömungen, die dennoch die Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung befürworteten. Die heutigen Fehlentwicklungen in Teilen der israelischen Regierung seien daher nicht der zionistischen Ideologie an sich zuzuschreiben, sondern Ausdruck politischer Entwicklungen, wie sie in allen Nationalbewegungen auftreten würden. Der ursprüngliche zionistische Anspruch hätte auf die Errichtung eines humanistischen, modernen Gemeinwesens, das allen Bewohnern Wohlstand und Freiheit bieten sollte, gezielt. Dass die Realität diesem Ideal nicht entspreche, sei kritikwürdig, doch die grundlegende Idee des Zionismus sei damit nicht widerlegt.

Charles Cooke zeigt sich in der *National Review*³⁰ nach dem islamistischen Anschlag auf eine Chanukka-Feier in Sydney ratlos angesichts des weltweiten Wiederauflebens von Antisemitismus und politisch motivierter Massengewalt. Antisemitische Narrative hätten sich in westlichen Gesellschaften normalisiert, Verschwörungstheorien verbreiteten sich sowohl links als auch rechts, und physische Angriffe auf Juden nähmen zu. Gleichzeitig seien Massentaten kaum zu verhindern, da sie selten vorhersehbar seien und auch strenge Waffengesetze Anschläge nicht verhindern könnten. Angesichts dieser Erkenntnisse würde der Optimismus der früheren Jahre, dass der Antisemitismus ein Randphänomen sei, verfliegen. Am Ende bleibe nur die ernüchternde Einsicht, dass es für diese Entwicklungen keine einfachen politischen Antworten gebe sowie die Trauer über das erneute Erstarken eines uralten Hasses.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*³¹ schildert Ahmad Mansour, dass er seit Jahren aufgrund seines Engagements gegen islamistischen Extremismus massiv bedroht werde. Besonders besorgniserregend sei, wie normalisiert diese Zustände inzwischen in Europa seien und wie wenig Empathie der Gesellschaft Betroffene erfahren würden. Dafür seien nicht nur islamistische Milieus verantwortlich, sondern auch linke akademische und politische Kreise, die aus Identitätspolitischen Gründen Kritik am politischen Islam unterdrückten und Kritiker als rassistisch oder islamfeindlich diffamierten. Diese Haltung habe Strukturen gestärkt, die Radikalisierung begünstigten sowie eine gefährliche Allianz zwischen Islamisten und Teilen der politischen Linken geschaffen. An vielen Universitäten herrsche eine Ideologie vor, die Muslime grundsätzlich als Opfer und Israel sowie den Westen als Unterdrücker darstellen würde. Dies habe sich besonders seit dem 7. Oktober verschärft und zu einer global befeuerten Radikalisierungswelle geführt, die öffentliche Debatten vergifte und Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus nur noch unter strengen Sicherheitsmaßnahmen ermögliche. Debatten an Universitäten, wo ein Klima der Angst und ideologischer Verhärtung herrsche, seien wenig konstruktiv. Europa müsse dringend handeln, um islamistische Unterwanderung zu stoppen, dazu seien eine Begrenzung der Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern sowie strengere Integrations- und Bildungsmaßnahmen dringend erforderlich. Wichtig sei in den Blick zu nehmen, die Trennlinie verlaufe nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen, sondern zwischen Demokraten und Nichtdemokraten. Nur durch einen grundlegenden politischen Kurswechsel könne Europa die zunehmende Radikalisierung eindämmen.

Rainer Werner beschreibt bei *cicero.de*³², wie Teile der politischen Linken seit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 eine auffallende Kälte gegenüber jüdischem Leid an den Tag legten. Linke Intellektuelle und Studierende hätten die Verbrechen der Hamas teils relativiert oder sogar gefeiert. Dieses Verhalten stehe im starken Kontrast zur historischen Tradition linker Bewegungen, die solidarisch mit Verfolgten und Minderheiten gewesen seien und einst jüdische Anliegen unterstützt hätten. Antisemitische Tendenzen hätten allerdings auch schon

³⁰ Charles C.W. Cooke, Antisemitism and Violence: An Insoluble Problem, *National Review*, 18.12.2025.

³¹ Rico Bandle, „In Gefängnissen erlebe ich eine bessere Diskussionskultur als an Universitäten“. Fragen an den Psychologen Ahmad Mansour, *NZZ*, 14.1.2026.

³² Rainer Werner, Postkoloniale Mitleidlosigkeit, *cicero.de*, 10.1.2026.

früher in linken Strömungen existiert, von Stalins Verfolgung jüdischer Kommunisten über die antizionistische Ausrichtung der 68er-Bewegung bis hin zu direkten Anschlägen auf jüdische Einrichtungen durch linksradikale Gruppen. Heute werde diese Entwicklung durch die postkoloniale Theorie verstärkt, die die Welt in „weiße Unterdrücker“ und „unterdrückte Völker des globalen Südens“ einteile. In diesem ideologischen Raster würden Juden – entgegen historischen, ethnischen und genetischen Fakten – als Teil der weißen, privilegierten Mehrheitsgesellschaft dargestellt. Israel erscheine dadurch als kolonialistischer Aggressor, ungeachtet seiner realen Entstehungsgeschichte als Zufluchtsort verfolgter Juden. Diese Perspektive blende historische Tatsachen aus, etwa, dass die jüdische Einwanderung nach Palästina vor allem durch Kauf von Land erfolgte oder dass Israel oft als Reaktion auf Angriffe seiner Nachbarn Territorien eroberte. Die postkoloniale Ideologie ermögliche somit eine scheinbar moralisch begründete, tatsächlich aber verzerrte Ablehnung Israels. Diese Denkweise habe dazu geführt, dass linke Aktivisten Juden offen vorwerfen würden, sich mit „den Weißen“ identifizieren zu wollen, und sie damit aus antirassistischen Bewegungen ausschlössen. Gleichzeitig zeige sich in Teilen der Linken eine wachsende Nähe zu islamistischen Gruppen, die als „antikoloniale Kämpfer“ verklärt würden. Der jüngste antisemitische Anschlag am Bondi Beach in Sydney, verübt von IS-Sympathisanten, diene als Beispiel dafür, wie gefährlich diese Verharmlosung sei. Postkoloniales Denken habe zu einer ideologisch motivierten Mitleidlosigkeit gegenüber jüdischen Opfern geführt und den jahrzehntelang gewachsenen linken Antisemitismus weiter verstärkt.

Rezensionen

Robert Gerwarth betrachtet in der FAZ³³ **Hitlers Komplizen. Helfer und Vollstrecker: Das Dritte Reich in 24 Porträts** von **Richard J. Evans**, der damit „eine Sammlung miteinander verknüpfter biographischer Essays und Überlegungen zu Einzelpersonen“ geschaffen habe, die sich auch an dem vor 60 Jahren erschienenen Werk von Joachim Fest orientiere.

Peter Hoeres befasst sich in der FAZ³⁴ mit dem von *Matthias Daufratshofer*, *Moritz Fischer* und *Peer Oliver Volkmann* herausgegebenen Sammelband „**Wir leben in einer Zeitenwende ...**“. **Michael Kardinal von Faulhaber und die katholische Kirche zwischen Monarchie, Diktatur und Demokratie** und merkt an, dieser sei eher „ein streckenweise etwas einseitig zugeschnittener Beitrag für eine noch zu schreibende Faulhaber-Biographie“.

Barbara Distel stellt in der *Süddeutschen Zeitung*³⁵ zwei Bände vor, in denen **Anne Sudrow** die Geschichte der von der SS im KZ Dachau betriebenen „Plantage“ der Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung „akribisch analysiert“ und dabei auch die Verbindung der anthroposophischen Gemeinschaft zu Heinrich Himmler nicht außer Acht lasse: **Heil Kräuter Kulturen. Die SS, die ökologische Landwirtschaft und die Naturheilkunde im KZ Dachau sowie Saat der Gewalt. Der „Kräutergarten“ in Dachau seit 1945**.

„Wer sich für die Intellektuellengeschichte der frühen Bundesrepublik interessiert, für den ist die vorliegende, aus einer Dissertation hervorgegangene Biografie eine Fundgrube“ urteilt *Thomas Wagner* in der FAZ³⁶ über die von **Alexander Eiber** verfasste Biografie **Caspar von Schrenck-Notzing. Konservatives Denken und Leben in Deutschland nach 1945**, merkt aber gleichzeitig an, ein gewisse Einseitigkeit mit Blick auf rechtsextreme Parteien sei vorhanden.

³³ Robert Gerwarth, Paladine, Vollstrecker und Werkzeuge, FAZ, 8.1.2026.

³⁴ Peter Hoeres, Der Kardinal, der auf den Obersalzberg ging, FAZ, 23.12.2025.

³⁵ Barbara Distel, Himmlers Sklaven-Garten, SZ, 29.12.2025.

³⁶ Thomas Wagner, Bücher als Widerstand gegen den linken Zeitgeist, Die Welt 14.1.2026.

„Lange Zeit wurde das deutsche 1968 vielfältig interpretiert, aber nur wenig erforscht. Sandra Funck hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, hier Abhilfe zu schaffen“ urteilt Ernst Piper in der FAZ³⁷ über **Klassenkämpfe. Jugend, Schule und Politik um „1968“**.

Joachim Scholtyseck weist in der FAZ³⁸ auf den von Volker Stalmann edierten Band **Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1969–1983** hin, der anschaulich mache, „dass die Wandlungs- und Häutungsprozesse zum Wesenskern einer Partei gehören, die schon immer mit der Fünfprozenthürde zu kämpfen hatte“.

„Es bietet einen interessanten Überblick aus britischer Perspektive, auch wenn es ohne bahnbrechende neue Erkenntnisse bleibt und eine sorgfältige Lektüre aufgrund der genannten Ungenauigkeiten erfordert“ merkt Helmut Müller-Enbergs in der FAZ³⁹ über **First Class Comrades. The Stasi in the Cold War, 1945–1961** von Jack Boulter an.

Wilfried Loth stellt in der FAZ⁴⁰ fest, Viktor Jaeschke biete in seinem Buch **Eine „immer engere Union“. Konkurrierende Europakonzepte und der Vertrag von Maastricht, 1987–1992** im Großen und Ganzen ein „abgewogenes und verlässliches Bild der Europa-Vorstellungen im weltpolitischen Umbruch der Gorbatschow-Ära“.

In seiner Biografie **Margaret Thatcher. Die eiserne Lady** erläuterte Franz-Josef Brügge-meier anschaulich, dass es „den Thatcherismus“ nie gegeben habe und er sei dabei „im besten Sinne des Wortes ein nüchterner Chronist ihres Lebensweges, alles andere als ein glühender Bewunderer, aber doch in seinen Urteilen fair und abgewogen“, der „Thatchers Lebensgeschichte mit der politischen Geschichte des Vereinigten Königreiches“ verknüpfte, konstatiert Dietmar Süß in der *Süddeutschen Zeitung*⁴¹.

René Wildangel macht in der *Süddeutschen Zeitung*⁴² auf **Das System Netanjahu**, die erste in deutsche erschienene, von Joseph Croitoru verfasste Biografie über Benjamin Netanjahu aufmerksam, ein „äußerst detailreiches und differenziertes Buch“, angereichert durch viele hochinteressante Quellen: „Besser kann man sich in deutscher Sprache nicht über das ‚System Netanjahu‘ informieren, dessen Prämissen heute tief im israelischen Staatsverständnis und der Gesellschaft verankert sind.“

Mit **A Call at 4 AM: Thirteen Prime Ministers and the Crucial Decisions that Shaped Israeli Politics** sei es Amit Segal gelungen, einen klugen und teilweise auch urkomischen Crashkurs in israelischer Geschichte vorzulegen, stellt Elliot Kaufman im *Wall Street Journal*⁴³ fest.

Monika Albrecht weist in der FAZ⁴⁴ auf das Buch **Postcolonial Theory and the Making of Hindu Nationalism. The Wages of Unreason** von Meera Nanda hin, die darin aufzeige, wie Teile postkolonialer und dekolonialer Theorien in Indien unbeabsichtigt zur ideologischen Grundlage des Hindunationalismus geworden seien und damit nachweise, wie akademische Theorien unbeabsichtigte politische Folgen haben könnten, wenn sie in nationalistische Agenten eingebaut würden.

Mit seiner Darstellung **Das ABC der Apokalypse: NATO-Offiziere erzählen den Dritten Weltkrieg** sei es Armin Wagner gelungen, „eine kompetente Einordnung der Literaturgeschichte über einen fiktiven Dritten Weltkrieg auf verschiedenen Ebenen“ zu schaffen und die

³⁷ Ernst Piper, Sexualkundeunterricht statt Che Guevara, FAZ, 13.1.2026.

³⁸ Joachim Scholtyseck, Ein Fingerzeig für die FDP, FAZ, 16.12.2025.

³⁹ Helmut Müller-Enbergs, Britischer Blick auf die Stasi, FAZ, 20.1.2026.

⁴⁰ Wilfried Loth, Jeder wollte sein eigenes Europa haben, FAZ, 16.12.2025.

⁴¹ Dietmar Süß, Die Erbin des Empire, SZ, 22.12.2025.

⁴² René Wildangel, Benjamin beinhart, SZ, 5.1.2026.

⁴³ Elliot Kaufman, ‘A Call at 4 a.m.’ Review: Knesset Chronicles, Wall Street Journal, 28.12.2025.

⁴⁴ Monika Albrecht, Nebenfolgen der mentalen Dekolonisierung, FAZ, 7.1.2026.

„Planspiele“ westlicher Offiziere zusammenzutragen – so die Einschätzung von *Gregor Grosse* in der FAZ⁴⁵.

Im *Wall Street Journal*⁴⁶ befasst sich *Brendan Simms* mit **War and Power: Who Wins Wars – and Why** von **Phillips Payson O'Brien**, der der Frage nachgegangen sei, welche Faktoren ausschlaggebend seien, um Kriege zu gewinnen und deutlich mache, nicht nur die militärische Stärke sei wichtig.

Florence Gaub unternehme in **Szenario. Die Zukunft steht auf dem Spiel** „einen Parforceritt durch die globale Politik, der durch zahlreiche Staaten und Institutionen führt und die geopolitische Komplexität einer nicht allzu fernen Zukunft eindrücklich vor Augen führt. Dass dabei manche Fragen offenbleiben, ist kein Manko, sondern eine Einladung zum Weiterdenken“ bilanziert *Florian Keisinger* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁷.

Milos Vec betrachtet in der FAZ⁴⁸ die von **Dieter Langewiesche** vorgelegte Schrift **Warum wurde in Afrika anders Krieg geführt als in Europa?**, in der dieser sich mit der „Allgegenwart von Kriegsverbrechen“ auseinandersetze.

In seinem Buch **Moskaus westliche Rivalen. Eine europäische Geschichte vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer** berichte **Oliver Jens Schmitt** – so *Renate Nimtz-Köster*⁴⁹ in der *Süddeutschen Zeitung* – „brillant vom Jahrhunderte dauernden Kampf der Gesellschaften vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer gegen russische Potentaten“.

„Nach der Lektüre des Buches versteht man die Stärken, aber auch die Schwächen der Architektur des modernen China besser, und man erkennt die gravierenden Unterschiede zum Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der USA, aber auch des Westens generell“ lautet des Urteil von *Robert Fieten* in der FAZ⁵⁰ über **Breakneck. China's Quest to Engineer the World** von **Dan Wang**.

Benjamin Dahlke stellt in der FAZ⁵¹ das Buch **Reclaiming American Catholicism. Faith, Politics and the Future of the Catholic Church** von **John Gehring** vor, der darin der Frage nachgehe, warum sich so viele Katholiken in den USA den Republikanern zugewandt hätten.

In der *Süddeutschen Zeitung*⁵² verweist *Tim B. Müller* auf das Buch **Gebrochene Versprechen. Das Ende des Kalten Krieges und der Aufstieg des Neoliberalismus** von **Fritz Bartel**, der darin die „originelle These“ aufstelle, „die Perestroika war sowjetischer Thatcherismus; Reagan und Thatcher machten es ähnlich wie Gorbatschow“.

A. Wess Mitchell biete in seiner Darstellung **Great Power Diplomacy. The Skill of Statecraft from Attila the Hun to Kissinger** einen fesselnden Überblick über entscheidende historische Moment und mache anschaulich, warum man die in Vergessenheit geratene Kunst der Diplomatie dringend wiederbeleben müsse, stellt *Michael M. Rosen* in der *National Review*⁵³ fest.

Sebastian Huhnholz beleuchte in seiner Darstellung **Der andere Ökonom. Max Webers Spätwerk und die fiskalische Verfassung einer neuen deutschen Demokratie** eine weitgehend vergessene Seite des Soziologen Max Weber, der auch Ordinarius für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft gewesen sei, schreibt *Reinhard Blomert* in der FAZ⁵⁴.

⁴⁵ Gregor Grosse, Offizielle Weltkriegsphantasien, FAZ, 2.1.2026.

⁴⁶ Brendan Simms, 'War and Power' Review: Off the Battlefield, Another Fight, Wall Street Journal, 12.12.2026.

⁴⁷ Florian Keisinger, Krieg, Frieden und alles dazwischen, NZZ, 20.1.2026.

⁴⁸ Milos Vec, Krieg ist der Normalfall, FAZ, 20.1.2026.

⁴⁹ Renate Nimtz-Köster, Der Aggressor im Osten, SZ, 15.12.2025.

⁵⁰ Robert Fieten, Ingenieure an der Macht, FAZ, 15.12.2025.

⁵¹ Benjamin Dahlke, Für Trump und gegen Papst Franziskus, FAZ, 30.12.2025.

⁵² Tim B. Müller, Neoliberalismus Ost, SZ, 12.1.2026.

⁵³ Michael M. Rosen, Masters of the World Stage, National Review, 18.12.2025.

⁵⁴ Reinhard Blomert, Max Webers spätes Fiskaldenken, FAZ, 12.1.2026.

Hendrik Simon merkt in der FAZ⁵⁵ über **Ohnmacht des Völkerrechts. Die Rückkehr des Kriegs und der Menschheitsverbrechen** von **Christoph Safferling** an, er rekonstruiere „gekonnt [...] die Debatten um Frieden und Völkerrecht von 1945 bis in die Gegenwart, auch bis in die allerjüngste Gegenwart hinein“, das Buch sei damit „als eine praxisnahe Einführung in das Völkerrecht der jüngeren Gegenwart geeignet“.

„Das Buch klärt die Öffentlichkeit nicht nur darüber auf, wie unsere rechtsprechende Gewalt funktioniert. Es ist auch ein Bericht aus einer Lebenswelt, für die der Verfasser mit Leidenschaft wirbt. Gerichte sind keine entrückten Tempel der Gerechten“ urteilt **Klaus Ferdinand Gärditz** in der FAZ⁵⁶ über **Richter, Gericht, Gerichtsbarkeit. Wie Justiz funktioniert** von **Klaus Rennert**.

Mit seinem Buch **Wege aus der Gewalt. Impulse für ein neues politisches Denken** lasse **Thomas Wagner** – so **Alexander Gallus** in der FAZ⁵⁷ – „seine Leser aber immerhin in unkonventioneller Weise über Staatlichkeit und Gewalt, Krieg und Frieden nachdenken“

Petra Gehring befasst sich in der FAZ⁵⁸ mit **Rechtsstaat und Patriarchat. Eine Geschichte sexueller Gewalt in der Bundesrepublik 1973 bis 1997** von **Hannah Catherine Davies**, die darin die Entwicklungsgeschichte des „Vergewaltigungsparagraphen“ §177 StGB und seiner Reform „wie den Krimi, der sie tatsächlich auch war“ schildere.

Amelie Sittenauer weist in der taz⁵⁹ auf **Das Patriarchat im Uterus. Ein Plädoyer für körperliche Selbstbestimmung** von **Alicia Baier** hin, die sich darin „kenntnisreich, diskriminierungssensibel und streitbar“ mit dem Diskurs über den Schwangerschaftsabbruch auseinandersetze.

Georg Cremer „analysiert und decouvriert in seinem – trotz der nicht einfachen Materie gut lesbaren – neuen Buch unter anderem ausführlich 22 solcher ‚Mythen‘“, schreibt **Ralf Husemann** in der *Süddeutschen Zeitung*⁶⁰ über **Alles schrecklich ungerecht? Mythen, Halbwahrheiten, Fakten zum deutschen Sozialstaat**, in dem der frühere Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes auch mit dem „Märchen von den armen Kindern“ aufräume.

In der FAZ⁶¹ konstatiert **Christoph Möllers**, **Hartmut Rosa** verliere sich in **Situation und Konstellation. Vom Verschwinden des Spielraums** „mit seiner Kritik einer von Regeln erdrückten Gesellschaft im Anekdotischen“.

„Dafür, unsere Gegenwart im Jahr der ‚Wende‘ beginnen zu lassen, gibt es gute Gründe, immerhin wuchsen in deren Folge nicht nur zwei Staaten zusammen, sondern, wenn man so will, auch zwei Literaturen“ konstatiert **Tobias Schwarz** in der *Berliner Morgenpost*⁶² über **Erzählte Welt. Eine Literaturgeschichte der Gegenwart, 1989 bis heute** von **Steffen Martus**.

Der von **Hiltrud Kier** und **Martin Struck** herausgegebene Band **Moderner Sakralbau in Köln** betrachte von 1918 an ein Jahrhundert Kirchenarchitektur in der Domstadt und sei „eine Bestandsaufnahme, kompakt, katalogartig und nach Stadtbezirken geordnet“, schreibt **Andreas Rossmann** in der FAZ⁶³.

⁵⁵ Hendrik Simon, Gegen schiere Macht hat Vernunft einen schweren Stand, FAZ, 14.1.2026.

⁵⁶ Klaus Ferdinand Gärditz, Führung durch einen staatstragenden Mikrokosmos, FAZ, 22.1.2026.

⁵⁷ Alexander Gallus, Bloß keine zentrale Gewalt, FAZ, 16.1.2026.

⁵⁸ Petra Gehring, Verspäteter Triumph, FAZ, 12.12.2025.

⁵⁹ Amelie Sittenauer, Your body, their choice, taz. die tageszeitung, 10.1.2026.

⁶⁰ Ralf Husemann, Das Märchen von den armen Kindern, SZ, 22.12.2025.

⁶¹ Christoph Möllers, Dieses Tor hätte doch zählen müssen!, FAZ, 16.1.2026.

⁶² Tobias Schwarz, Die Geschichte eines Niedergangs, Berliner Morgenpost, 3.12.2025.

⁶³ Andreas Rossmann, Nutzungsphantasie ist jetzt gefragt, FAZ, 24.12.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)